

Erläuterungen zum Schreiben BVR Kirchhof an Lothar Binding und zur Email Kieseheuer

Person: Lothar Binding (https://de.wikipedia.org/wiki/Lothar_Binding)

Seit 1966 SPD-Mitglied; seit 1998 Mitglied des [Deutschen Bundetages](#), „Von 2002 bis 2005 - damals regierte das **rot-grüne Kabinett Schröder II** - war er stellvertretender Sprecher der **Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion**. Im Haushaltsausschuss ist er **Hauptberichterstatler** für das **Bundesministerium der Justiz** und **für das Bundesverfassungsgericht**.“

Also ein Hauptberichterstatler der Legislative (Deutscher Bundestag), der über die Exekutive (BMJ) und die Judikative (BVerfG) berichtet. – Was „berichtet“ er denn da? Berichtet der, um die Unabhängigkeit der 3 Säulen der bundesrepublikanischen Demokratie zu sichern ?

„Er ist Mitglied im Finanzausschuss und **finanzpolitischer Sprecher der Fraktion**.“

Also ein Mitglied der Legislative mit einem starken Hang parteipolitischer Parteien-Interessenvertreter der SPD zu sein.

Herr Binding wird von klagenden Rentnern gern zitiert mit:

Lothar Binding (SPD/MdB) am 26.07.2014 („Die Wut bleibt“: StN-Stadtschreibetisch Betriebsrente):

„Emotional war der Weg verkehrt. Doch ich muss ehrlich zugeben, dass es keine andere Idee gab, um das Loch in der gesetzlichen Krankenkasse zu stopfen ... Den Betriebsrentnern sei es gut gegangen, deshalb wurde das Modell gewählt“.

Jeder vernunftbegabte Dieb sondiert zunächst, ob es was zu holen gibt. Wahrscheinlich hat Herr Binding für diese vorlaute Äußerung SPD-intern einiges wieder gut zu machen, sodass er jetzt Einsatz findet, um die Rentner vom „Irrweg“ abzubringen: „Klagen vor Gericht“ hätte auch nur den Ansatz einer Chance. Deswegen die Nachfrage bei Hr. Kirchhof mit auffallend schneller Rückmeldung durch diesen und die prompte Weiterleitung der Erkenntnisse an den „Bundesvorsitzenden“ Kieseheuer.

Ob die Kommunikation zwischen MdB Binding und „Bundesvorsitzendem“ Kieseheuer direkt erfolgte oder über die Schaltstelle SPD-Mitglied Horst Gehring, sei dahin gestellt.

Person: Gerhard Kieseheuer
„Bundesvorsitzender“ Direktversicherungsgeschädigte e.V.

Herr Kieseheuer war maßgeblich an der Ausgründung des Vereins „Direktversicherungsgeschädigte e.V.“ aus der „Interessengruppe der GMG-Geschädigten“ (ca. 700 Mitglieder, Streitgenossen“ nach §§ 59 – 65 ZPO bzw. § 74 SGG) beteiligt. Als dieser als Vereinsvorsitzender der Ulla Schmidt einen Besuch abgestattete, hat man bei der SPD seine Steuerbarkeit und Beeinflussbarkeit erkannt. U.a. wurde ihm von der SPD ein „persönlicher Sozialpolitischer Berater“ zur Verfügung gestellt, dessen Aufgabe es offensichtlich ist, die Vereinsmitglieder von der Zwecklosigkeit des Klagewegs gegen den Missbrauch des GMG zu überzeugen.

Email vom Bundesvorsitzenden des Direktversicherungsgeschädigte e.V.

Von: Gerhard Kieseheuer <gerhard.kieseheuer@dvg-ev.org>

Betreff: Schreiben vom BVerfG über Lothar Binding

Datum: 2. Mai 2017

An:

Hallo Freunde,

sollten wir nicht **unsere Leistungsfähigkeit** erneut unter Beweis stellen und schnellstens das Schreiben vom BVerfG, im Passwortgeschützten Bereich, veröffentlichen?

Natürlich mit Hinweis auf der HP und bei Facebook?

Mit Ausnahme der Klage von Dieter Ante **sind dann alle vom Tisch.**

[eine merkwürdige Wortwahl für jemanden, der ein extrem hohes Interesse am Gewinnen einer solchen Klage (eine Würde für alle Geschädigten reichen) haben sollte]

Klage Isendahl ist abgelehnt.

Die Klagen

1 BvR 1615/15 Loewel

1 BvR 1687/15 Schwerdtner und

1 BvR 2570/15 Wohlfeld sind versendet.

Leider haben wir vom Loewel und Wohlfeld nichts gehört. Sie sind aber auch nicht mit in unseren Verein eingetreten.

1 BvR 2290/15 Stoffels (IG) und

1 BvR 188716 Weber sind in der abschließenden Phase der Unterzeichnung

1 BvR 631/15 Korn ist richterlich abgeschlossen und wird schreibtechnisch fertiggestellt.

....

Schlussfolgerungen

Schlussfolgerung 1:

Die Zusammenarbeit zwischen der SPD (Parteipolitik) und der willfährigen höchsten Ebene der Judikative geht ungebrochen weiter.

Die erste verfassungswidrige Entscheidung des BVR Kirchhof (1 BvR 1924/07 vom 07.04.2008) war zwar noch im Schlepptau der Vorsitzenden BVR (und des SPD-Mitglieds) Christine Hohmann-Dennhardt, die ihren Posten beim Verfassungsgericht ja gerade ihrer SPD-Mitgliedschaft zu verdanken hatte und die sich mit diesem Gefälligkeits-Urteil artig für diese Karriere bedankt hat;

aber inzwischen weiß der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes auch ohne fremde Hilfe, wer das Sagen in unserer 3-Säulen-Demokratie hat.

Schlussfolgerung 2:

Der zeitliche Ablauf zeigt die Zielsetzung der Anfrage des SPD-Mitglieds MdB Binding:

- 19. 04.2017 MdB Binding Anfrage an Vizepräsident Kirchhof
- 26.04.2017 Antwort Vizepräsident Kirchhof (obwohl er so überlastet ist, dass er Verfassungsbeschwerden zum Thema 2 Jahre liegen lassen muss)
- 28.04.2017 Eingang der Antwort beim MdB Binding
- 02.05.2017 Email Mitteilung von Kieseheuer mit dem Schreiben Vizepräsident Kirchhof an MdB Binding

Für die SPD hat sich die Beschaffung dieses „Arbeitsberichtes“ bei BVR Kirchhof und die Weitergabe der Information gelohnt. Die Äußerungen und insbesondere die Wortwahl von Hr. Kieseheuer zeigen:

es wirkt wie geplant